

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordnete Christian Meyer, Belit Onay, Anja Piel und Julia Willie Hamburg (GRÜNE)

Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus dem Rücktritt des DITIB-Vorstands?

Anfrage der Abgeordneten Christian Meyer, Belit Onay, Anja Piel und Julia Willie Hamburg (GRÜNE) an die Landesregierung, eingegangen am 26.11.2018

Der NDR berichtete am 25. November 2018 online, der gesamte Landesvorstand Niedersachsen und Bremen des Islamverbands DITIB sei zurückgetreten. Der Vorsitzende Yilmaz Kilic habe seinen Rücktritt mit dem Scheitern seiner Versuche, mehr Offenheit zu schaffen und Strukturen innerhalb des Bundesverbandes zu verändern, begründet. Das Vertrauen zum Bundesverband sei nachhaltig gestört, weil türkische Botschaftsvertreter versucht hätten, direkten Einfluss auf die Vorstandsarbeit in Niedersachsen zu nehmen. Der NDR verwies darauf, dass DITIB in den vergangenen Monaten aufgrund seiner Nähe zur Türkei und der Einflussnahme durch die türkische Religionsbehörde Diyanet immer wieder in die Kritik geraten sei.

Laut dem Kommentar in der *Neuen Osnabrücker Zeitung* vom gleichen Wochenende hat sich der Bundesvorstand der DITIB in Köln seit Festigung des Präsidialsystems in der Türkei zu einer linientreuen Dachorganisation entwickelt, die reformwillige Landesverbände zunehmend stärker knebelt. Nun kapitulierten die liberalen Kräfte. Sie forderten die Ausbildung eigener Imame in Deutschland.

In der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* war am 25. November 2018 zu lesen, der Moscheeverband DITIB Niedersachsen und Bremen vertrete mit 85 Gemeinden etwa 160 000 Muslime. Dem Landesvorsitzenden Kilic sei wegen der anhaltenden Konflikte mit der DITIB-Zentrale in Köln nahegelegt worden, das Amt abzugeben. Neben dem gesamten Landesvorstand seien auch die Vorstände des Jugend- und Frauenverbandes zurückgetreten. Kilic wird u. a. mit den Worten zitiert, problematisch sei auch, dass DITIB über die aus der Türkei entsandten Imame Einfluss auf die Gemeinden nehme.

Das Politikjournal *Rundblick* berichtete am 26. November 2018, sowohl die DITIB-Bundeszentrale als auch der türkische Religionsattaché hätten immer wieder versucht, sich in die Belange der Niedersachsen einzumischen. Die Nähe des DITIB-Verbandes zur türkischen Regierung und die Einflussnahme der türkischen Politik sei seit Monaten das Haupthindernis für einen sogenannten Islamvertrag in Niedersachsen. Derzeit seien die Gespräche nahezu zum Erliegen gekommen.

1. Was weiß die Landesregierung von Versuchen türkischer Botschaftsvertreter oder des türkische Religionsattachés, Einfluss auf die Vorstandsarbeit in Niedersachsen zu nehmen?
2. Was bedeutet das für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen dem Land Niedersachsen, DITIB und den muslimischen Gemeinden in Niedersachsen?
3. Wird es bei der Landesregierung nun ein Umdenken zur Imam-Ausbildung in Osnabrück als Alternative zu bezahlten Imamen der türkischen Regierung aus der Türkei geben? Falls ja, in welcher Hinsicht?

(Verteilt am 28.11.2018)